

Zwönitztaler Anzeiger

Erscheint wöchentlich viermal, am Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. — Bezugspreis: Durch unsere Träger monatlich 90 Pfg. frei ins Haus, durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.40. Druck u. Verlag: Buchdruckerei C. Bernhardt, Zwönitz. Inhaber u. verantw. Schriftl.: Carl Bernh. Ditt, Zwönitz. Geschäftsstelle: Zwönitz, Kühnhaidestraße 73B/74. Fernspr. Nr. 23. Postf. 4814 Leipzig.

Amts-Blatt

für das königliche Amtsgericht und die städtischen Behörden zu Zwönitz

Anzeigen: Die sechsgepalte (43 mm) Kleinzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Familienanz., Sammelanz., tabellar. Satz u. auswärts. Anz. 30 Pfg. die Zeile, die dreigealt. Zeile im Reklamet. 70 Pfg., im amtl. Zeile 60 Pfg. Mindestspr. einer Anz. 1 M. Bei Wiederholungen Preisermäß. nach Vereinbarung. Bei Konkursen, Klagen, Vergleichs- und Zielüberstreichung fällt jede auf Anzeigen gewährte Preisermäßigung weg.

Anzeiger für Zwönitz, Niederzönitz, Kühnhaid, Penkersdorf, Dorfschemnitz, Günsdorf und andere Ortschaften im Zwönitztale

Nr. 186.

Donnerstag, den 5. Dezember 1918.

43. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Donnerstag, den 5. Dezbr., Quart in den 6 Grünwarengeschäften auf Feld Nr. 24 der Lebensmittelkarte. Jede Person erhält 100 Gramm für 25 Pfg.
Freitag, den 6. Dezbr., Kunsthonig in den Kunstengeschäften auf Bezugsabschnitt 15 der Lebensmittelkarte. Jede Person erhält 1/2 Pfund für 40 Pfg.
Sonnabend und Montag, den 7. und 9. Dezbr., werden in der Ratskanzlei zum Ankauf von Paraffinkerzen Bezugscheine ausgegeben, und zwar nur an die Einwohner, die weder Elektrizität noch Gas zur Beleuchtung verwenden und auf Petroleum angewiesen sind.
Der Bürgermeister.

Notgeld.

Zur Behebung des Mangels an Zahlungsmitteln hat der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Stollberg unterm heutigen Tage Geldgutscheine über 20 Mark ausgegeben. In den nächsten Tagen werden auch noch Geldgutscheine über 5 Mark ausgegeben.

Die Einlösung dieser Scheine erfolgt jederzeit durch die Kasse der unterzeichneten Amtshauptmannschaft.

Stollberg, den 30. November 1918.
Amtshauptmannschaft.

Vom Tage.

Der Finanzbedarf der Arbeiter- und Soldatenräte in den ersten vierzehn Tagen ihres Bestehens hat 800 Millionen Mark betragen.

Das Gouvernment Köln ist nach Kloppeburg in Oldenburg verlegt. Seine Geschäfte im Gouvernementsbezirk hat bis auf weiteres der deutsche Generalstabsoffizier im Bräutentopf Köln übernommen.

Der frühere Kaiser Wilhelm II. hat einen Nervenanstfall erlitten. Er soll beabsichtigen, sich in ein Sanatorium in der Umgegend von Arnheim zu begeben.

Der Bergarbeiterstreik in Oberschlesien ist so gut wie beendet; es wird nur noch auf sechs Gruben gestreift.

Englische Blätter berichten, daß der Krieg alle kriegsführenden Länder rund tausend Milliarden Franken gekostet habe.

Die Mailänder Presse erwartet infolge der inneren Unruhen in Deutschland die Besetzung Münchens und Südbaherns.

Aus Finnland wurde Gold im Werte von 10 Millionen Kronen nach Schweden gebracht. Es soll als Sicherheit für die von dem finnischen Staat bei schwedischen Privatbanken aufgenommenen Anleihen dienen.

Frankreich und die Nationalversammlung.

Genf, 3. Dez. „Homme libre“ schreibt: Die Nichtanfertigung der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung innerhalb der Frist des Waffenstillstandes wird von den Alliierten als unfreundlicher Akt angesehen. Eine Nationalversammlung nach drei Monaten ist aber eine Verhöhnung der Alliierten. Wir kommen dadurch nicht um die Fortsetzung des Krieges herum.

„Homme libre“ ist bekanntlich das Organ des französischen Ministerpräsidenten. Schon lange ist bekannt, daß Herr Clemenceau nach einem Grunde sucht, um den Krieg fortsetzen, d. h. alles in Deutschland erobern und besetzen zu können, wonach den französischen Imperialisten das Herz steht. Nun soll offenbar die späte Anfertigung der Wahlen zur Nationalversammlung den ersuchten Vorwand zur Einmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands liefern. Das hätte sich vermeiden lassen, diese Gefahr müßte man meinen, auch heute noch beschworen werden können, umso mehr, als man selbst in sozialdemokratischen Kreisen der Ansicht ist, daß die vielbesprochenen „technischen Gründe“ keineswegs eine so späte Anfertigung des Wahltermins notwendig machen.

Die kriegerischen Absichten des Verbandes.

Genf, 3. Dez. Im Heeresauschuß gab Abram in Vertretung des Ministerpräsidenten am Sonnabend bekannt, daß eine Nichterfüllung der Waffenstillstandsbedingungen durch den Feind dem General Foch die Aktionsfreiheit wiedergebe. Die Entwicklung der inneren Verhältnisse in Deutschland wurde als besorgniserregend bezeichnet.

Genf, 3. Dez. Wie die schweizerischen Blätter melden, gehen aus Paris unausgesetzt Truppenzüge nach der deutschen Grenze ab. Die französischen Nordbahnen sind seit Sonnabend mitternacht gesperrt.

Basel, 2. Dez. Der „Basler Anz.“ meldet aus London, die Stärke der neuen englischen Truppentransporte nach dem Festland beträgt über 300 000 Mann.

Die „Kreuzzeitung“ beruft sich darauf, daß sie oft genug ihre warnende Stimme erhoben habe, wenn der Glaube an den Untergang der Sieger auftauchte. Unsere Optimisten hätten nicht gerechnet mit dem Hasse eines Clemenceau und seiner Gefolgschaft, noch weniger aber mit dem realpolitischen Denken der anderen Völker.

Der „Vorwärts“ sagt: Es gibt keinen Zweifel mehr, daß die Gegner entschlossen sind, uns aufs tiefste zu demütigen und zu verlegen, jeden Funken von Würde bei uns zu zertreten. Der ungezügelte Haß will seinen Triumph voll auskosten, und da gibt es noch Leute, die durch tolle Treibereien die Gefahr eines feindlichen Einmarsches in Deutschland vergrößern helfen.

Die Besetzung deutscher Großstädte.

Basel, 3. Dez. Die „Times“ meldet: Der Ausbau der Bolschewiki-Regierungen in Deutschland erregt die größte Beachtung der alliierten Kabinette, die in Deutschland nicht den Herd bolschewistischer Unruhen bestehen lassen können. Der Rat an Deutschland, sofort das Volk durch seine gesetzlichen Vertreter zu befragen, ist in Berlin nicht ernst genommen worden. Wenn wir zur Besetzung Deutschlands schreiten müssen, werden wir Hamburg, die Italiener München, die Amerikaner Berlin und die Franzosen Dresden besetzen. Unsere erste Regierungshandlung wird die Einberufung eines deutschen Reichstags vor den Friedensverhandlungen.

München, 2. Dez. Sowohl auf den bayerischen Postämtern wie auf den Großbanken hat seit einigen Tagen eine Massenabhebung von Guthaben eingeleitet. Im Münchener Soldaten- und Arbeiterrat wurde die Gefahr einer Besetzung Münchens durch die Italiener verneint. Es liegen jedoch zuverlässige Nachrichten aus Innsbruck vor, daß die Italiener bereits die nach Norden und nach der bayerischen Grenze führenden Bahnen besetzten.

Die Schadenersatzforderungen an Deutschland

Vorschläge Wilsons für die Friedenskonferenz.

Haag, 2. Dez. Der parlamentarische Mitarbeiter der entschieden liberalen „Daily News“ sagt, daß folgende Vorschläge für Schadenersatzleistungen von den Alliierten gemacht wurden:

1. Während einer Reihe von Jahren soll Schadenersatz in Geld geleistet werden, und zwar für sämtliche in Belgien und Frankreich angerichteten Schäden. Diese werden auf 2 bis 2 1/2 Milliarden Pfund Sterling berechnet.
2. Sämtliche vernichteten Häuser in den Städten dieser Gebiete müssen von deutschen Arbeitern aufgebaut und das zu dem Wiederaufbau notwendige Material von deutschen Arbeitern beschafft werden.
3. Es soll Schadenersatz für den vernichteten Schiffsbau geleistet werden. Dazu ist eine Vereinbarung zwischen den Alliierten und den Mittelmächten zu treffen, die dahin gehen sollte, daß sämtliche deutschen Schiffe für Rechnung der gesamten Welt fahren, oder daß auf deutschen Werften neue Schiffe für die britischen oder anderen Kaufahrteiflotten gebaut werden.
4. Außer dem Schadenersatz für Belgien und Frankreich ist eine Entschädigung für sonstige Verluste zu zahlen.
5. Alles in Deutschland vorhandene Gold wird den Alliierten ausgeliefert.
6. Von der Erzeugung der deutschen Kohlenbergwerke wird eine Abgabe erhoben, die eine Reihe von Jahren beibehalten werden muß. Außerdem ist die deutsche Kohlenenerzeugung unter die Kontrolle der Alliierten zu stellen.
7. Die Verheerungen in Italien, Serbien und Rumänien sind gleichfalls wieder gutzumachen.

Die hier aufgestellten Forderungen wären unerfüllbar. Gegen jede Forderung, die Deutschland in eine dauernde wirtschaftliche Abhängigkeit von anderen Staaten bringen würde, wird das gesamte deutsche Volk mit aller Kraft Protest erheben.

Eine Botschaft Wilsons an den Senat.

Washington, 2. Dez. In der gemeinsamen Sitzung des Kongresses erklärte Präsident Wilson in einer Botschaft:

Er hoffe, daß der formelle Friedensschluß durch Vertrag im Frühjahr erfolgen werde und trat für das neue, auf drei Jahre berechnete Flottenprogramm ein, da er es für einen unverständigen Versuch halte, das Flottenprogramm einer künftigen Weltpolitik anzupassen, die noch ganz unbestimmt sei. Er halte es für seine oberste Pflicht, vollen Anteil an der Friedenskonferenz zu nehmen, um das Ziel zu erreichen, für das die amerikanischen Soldaten Leben und Blut geopfert hätten. Bei Besprechung der innerpolitischen Fragen erklärte der Präsident, er sei bereit, auf die Verwaltung der Eisenbahnen zu verzichten, sobald eine andere befriedigende Lösung ausgearbeitet sei. Als der Präsident seine Absicht mitteilte, persönlich zur Friedenskonferenz zu gehen, erhoben sich die demokratischen Senatoren und spendeten stürmischen Beifall. Die Republikaner verhielten sich schweigend.

Die Verlesung der Botschaft dauerte nahezu 1/4 Stunde, worauf Wilson unter lebhaftem Beifall der Demokraten den Saal verließ. Nach der Verlesung der Botschaft wurden zwei Entschlüsse eingebracht. In einer von diesen schlug der Republikaner Rodenberg vor, der Kongress solle erklären, daß Wilsons Reise es ihm unmöglich mache, seinen Pflichten als Präsident nachzukommen. Diese Entschlußung wurde einem Ausschuß überwiesen.

Aus der Wilsonrede.

Amsterdam, 3. Dez. Ich nehme bestimmt an, daß der Kongress das Flottenprogramm, das festgesetzt wurde ehe wir in den Krieg eintraten, ausführen wird. Der Sekretär für die Marine hat den Kommissionen der beiden Häuser einen Teil des Programms zur Genehmigung vorgelegt, welches sich mit dem Bauplan der nächsten drei Jahre beschäftigt. Der Präsident kam sodann auf die Eisenbahnfrage zu sprechen und sagte in diesem Zusammenhang: Ich glaube, wir dürfen auf einen formellen Abschluß des Krieges durch Vertrag bei Beginn des Frühlings hoffen. Zum Schluß sagte der Präsident: Ich benutze diese Gelegenheit, um dem Kongress meine Absicht mitzuteilen, in Paris mit den Vertretern der Regierungen, mit denen wir im Kriege gegen die Mittelmächte assoziiert waren, zusammen zu kommen, zu dem Zwecke, um mit ihnen die Hauptpunkte des Friedensvertrages zu besprechen. Ich bin mir der großen Nachteile, welche sich daraus ergeben, daß ich das Land gerade zu dieser Zeit verlasse, bewußt, aber der Entschluß, daß es meine unumstößliche Pflicht sei, hinzugeben, wurde mir durch Erwägungen aufgezwungen, die, wie ich hoffe, für Sie ebenso entscheidend sein werden, wie sie mir erschienen. Die alliierten Regierungen haben die Grundlagen für den Frieden angenommen, die ich dem Kongress am 8. Januar d. J. diktierte, ebenso wie die Mittelmächte sie angenommen haben. Die Friedensabmachungen, auf die wir uns jetzt einigen werden, sind für uns und den Rest der Welt von größter Bedeutung, und ich kenne kein Geschäft oder Interesse, das ihnen vorgezogen werden dürfte. Es ist meine Pflicht, den vollen Anteil an der Verwirklichung dessen, wofür die tapferen Männer unserer Streitkräfte ihr Leben und Blut geopfert haben, auf mich zu nehmen. Auf mein Ersuchen haben die französische und englische Regierung die Jenfur für Rabelnachrichten, die bis vor 14 Tagen beibehalten war, vollständig aufgehoben, und es gibt auf dieser Seite jetzt keinerlei Jenfur, außer wenn es sich um den Versuch geschäftlicher Verbindungen mit den feindlichen Ländern handelt. Damit eine möglichst geringe Beeinträchtigung der übrigen Benutzer der Rabel geschehen könne, habe ich einstweilen die Kontrolle über beide Rabel übernommen, um ihre Benutzung in ein einheitliches System zu bringen. Ich gehe hin, um das Beste, was in mir ist, zu den gemeinsamen Abmachungen, zu deren Zustandekommen auf der Konferenz mit den anderen dort befindlichen Leitern der assoziierten Regierungen ich jetzt helfen muß, beizutragen. Der Präsident versprach dann, daß er durch Rabel oder auf drahtlosem Wege immer erreichbar sein werde und daß seine Abwesenheit so kurz wie möglich sein werde.

Aus Heimat und Vaterland.

Zwönitz, den 4. Dezember 1918.

Das neue Gemeindevahlrecht.

(M. Z.) Die siegreiche November-Revolution hat eine Reihe von Vorrechten der besitzenden Klassen beseitigt, an deren Stelle die Gleichberechtigung aller getreten ist. Durch Erlass des Gemeindevahlgesetzes vom 23. November 1918 wird auch für die Gemeindevertretung der Stadt- und Landgemeinden das Vorrecht des Besitzes und Standes aufgehoben; es werden alle Gemeindeglieder aufgefordert, an der Verwaltung und dem Ausbau der Gemeinde mitzumachen. Die schlummernden Kräfte des Volkes werden geweckt und der Gesamtheit dienstbar gemacht.

Um dieses Ziel recht bald zu erreichen, war das Ministerium bestrebt, die Wahlen bis zum 31. Dezember vollziehen zu lassen. Eile tut not, zumal in wichtigen Großstädten und auch in einer Anzahl Landgemeinden durch die revolutionäre Kraft der Arbeiter- und Soldatenräte die Gemeindevertretungen beseitigt worden waren. Die geordnete Erledigung der Verwaltungsarbeit in den Gemeinden ist aber nicht nur eine Lebensfrage für die Gemeindeverwaltung, sondern in noch höherem Maße für die Einwohner selbst. Wird doch die Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln, Kohle usw. durch die Gemeindeverwaltung erledigt. Eine Unterbrechung oder Unterbindung dieser Tätigkeit kann bei dem großen Mangel an Lebensmitteln zu einer Katastrophe für die Bevölkerung werden.

Eine Aussprache mit Vertretern der Landgemeinden, mittleren und großen Städten Sachsens ergab aber, daß die Vorbereitung der Wahlen, Aufstellung der Wahllisten und deren Kontrolle mehr Zeit in Anspruch nimmt als vorgesehen war. Es stellte sich auch heraus, daß trotz der Demobilisation des Heeres die Gemeindeverwaltungen noch nicht alle früher tätigen Kräfte freibekommen haben. Diesen Bedenken hat sich das Ministerium nicht verschließen können und hat deshalb am 28. November 1918 ein abgeändertes Gemeindevahlgesetz erlassen, worin der äußerste Termin für die Gemeindevahl auf Sonntag den 9. Februar 1919 festgesetzt wird. In Gemeinden, wo eine Gemeindevertretung nicht mehr besteht, ist die Durchführung der Wahl zu beschleunigen. Bis zum Abschluß der Wahl bleibt die bisherige Gemeindevertretung bestehen. Nach der Wahl der Gemeindevertretung bleibt den Gemeinden die Ordnung des Ratkollegiums überlassen.

Für die Wahlen sind Ortsgesetze zu erlassen; eine Vorlage wird vom Ministerium des Innern ausgearbeitet und mit Erläuterungen den Gemeindebehörden zugestellt werden. Die Gemeinden sind an diese Vorlage nicht gebunden, sie wird aber den Gemeindebehörden die Aufgaben erleichtern.

Die Ortsgesetze sind in Städten vom Stadtrat und den Stadtverordneten, auf dem Lande vom Gemeinderat zu erlassen. In Gemeinden, wo eine volle Gemeindevertretung nicht mehr besteht, kann der Stadtrat, Bürgermeister oder Gemeindevorstand das Ortsgesetz selbst erlassen und nachträglich die Zustimmung der neu gewählten Gemeindevertretung einholen. Wo Arbeiter- und Soldatenräte bestehen, empfiehlt es sich, Bevollmächtigte der A- und C-Klasse gutachtlich zu hören. Bei einigermaßen Takt und Geschick werden sich hierdurch leicht abweichende Meinungen überbrücken lassen. An dem Wahlgesetz darf natürlich nichts geändert werden.

Die Ausgabe des Modells für ein Ortsgesetz wird sich um einige Tage verzögern. Den Gemeindebehörden wird aber empfohlen, sofort an die Aufstellung der Wahllisten zu gehen.

Das Wahlgesetz sieht für die Wahl gebundene Listen vor, d. h. der Wähler ist bei der Abstimmung an die von Partei- und Berufsgruppen aufgestellten Bewerberlisten in der Art gebunden, daß er nicht für Bewerber aus verschiedenen Listen stimmen darf. Nimmt er innerhalb einer Bewerberliste Streichungen oder Umstellungen vor, oder fügt er Namen hinzu, die in keiner der eingereichten Bewerberlisten stehen, so werden die Stimmzettel dadurch nicht ungültig; diese Veränderungen sind aber ohne Einfluß auf das Wahlergebnis. Jeder gültige Stimmzettel wird ohne Rücksicht auf die Vollständigkeit und Reihenfolge der Nennungen demjenigen Wahlvorschlag zugerechnet, für den er erkennbar abgegeben ist. Durch das Ortsgesetz kann auch die Verbindung verschiedener Listen vorgesehen werden.

Es empfiehlt sich, die Amtszeit der Gewählten nur auf eine kurze Zeit, etwa drei Jahre, zu bemessen. Ob eine teilweise oder Gesamterneuerung der Gemeindevertretung eintreten soll, bleibt der Vorschrift des Ortsgesetzes überlassen.

Die Anforderungen an die Gemeindeverwaltungen sind groß. Wer aber die neue Zeit erfährt, mit altem Vorrecht aufzuräumen will, der wird freudig an die Arbeit gehen, die Mitarbeit aller an den großen Aufgaben einer neuen Zeit herbeizuführen.

Fürs Vaterland opferte sein Leben auf der Heimkehr aus dem Kriege der Junker Fritz Weigert (im 20. Lebensjahre), vor seinem Eintreffen beim Militär Kaufmann bei der Fa. C. A. Schwoger. (Siehe seinem Andenken!)

Der bisherige Vertreter des 19. Reichstagswahlkreises, Genosse Schöpslin, sprach gestern abend im Schützenhause vor vollbesetzter Saale über die politische Lage. Wir sind nicht in der Lage, einen Bericht zu geben, da uns der Zutritt zum Saale unmöglich war.

Die Schalter im hiesigen Postamt sind ab Donnerstag vormittags von 8-12 Uhr und nachmittags von 3-6 Uhr geöffnet.

Sachsens Vertretung in der Nationalversammlung. Nach einer Mitteilung der „Dresdner Volksztg.“ soll Sachsen für die Wahlen zur Nationalversammlung nach dem Entwurf in drei große Wahlkreise eingeteilt werden, innerhalb deren nach dem Verhältniswahlverfahren zu wählen ist. Jeder dieser Kreise soll zwölf Vertreter entsenden. Sachsen würde demnach also 36 Vertreter in die Nationalversammlung zu entsenden haben. Im Reichstag entfielen auf Sachsen 23 Sitze.

„Heimkehr“. In diesen Tagen schrieb ein Feldgrauer unserer Stadt an das Pfarramt eine Dankkarte vom Rückzuge aus dem Feindeslande. Er teilt mit, wie er und seine Kameraden sich gefreut hatten, bei einer Raft eine Sendung Sonntagsgütern aus dem Zwönitztal zu erhalten. Diese heimische Kost sei ihnen ein wahres Labfal gewesen. Er fügt den Wunsch bei, glücklich heimzukommen und daheim einer Aufführung unseres Heimatsfestspiels „Heimkehr“ beizuwohnen zu können. Von demselben Gedanken ausgehend, daß eine Aufführung gerade dieses mit Zwönitz so eng verknüpften Volksstücks ein trefflicher Willkommengruß für unsere heimkehrenden Krieger sei, hat sich der Verfasser, Pfarrer Bötscher, mit Herrn Kantor Wegel darangemacht, das Stück aufs neue einzulassen. Wie bekanntgegeben, findet die Aufführung am nächsten Sonntag statt. Nachm. 3 Uhr wird eine Kindervorstellung vorausgehen, der auch Er-

wachsene betwohnen können. Der Reingewinn soll zur Hälfte je dem hiesigen Frauenverein und dem Grundstock zur Unterstützung begabter Schüler zufließen.

Thalheim. (Große Stiftung.) Pappfabrikbesitzer Walter Klauß hier hat zum Gedächtnis seiner verewigten Gattin eine Stiftung von 25 000 M. für kirchliche und gemeinnützige Zwecke errichtet.

Gartenstein. (Unfall.) In den Wildenfeller Waldungen stürzte ein mit Wurzelstöcken schwer beladener Wagen um und begrub den Privatmann Pilz aus Grünau unter sich. Die Verletzungen des Pilz waren so schwer, daß der Tod bald eintrat.

Schlettau. (Die hiesigen Landwirte) haben sich zu einer freiwilligen Spende von 30 Stüd Butter und zu einem einmaligen Verzicht auf ihre Selbstverforgerration bereit erklärt. Die Butter ist für die fleischlose Woche an 60 arme und kranke Einwohner verteilt worden.

Wettervorhersage:
Zeitweise aufklarend, sonst keine wesentliche Aenderung.

Kirchennachrichten für Zwönitz.
Die nächste Versammlung der evang. Jugendvereine findet erst Mittwoch den 11. Dezember statt (Osewabend, Tell).

Letzte Drahtnachrichten.

Ungarn soll die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrechen.

W. Budapest, 4. Dez. Nach Mitteilungen eines heutigen Abendblattes hat die ungarische Regierung, einer Aufforderung der hier weilenden militärischen Ententevertreter folgend, sich zu der Auffassung bekannt, daß im Sinne des Waffenstillstandsvertrages die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn nicht weiter aufrecht erhalten werden können. In diesem Sinne soll angeblich auch eine Mitteilung an den Budapester Generalkonsul Grafen Fürstenberg ergehen.

An informierter Stelle wird demgegenüber festgestellt, daß eine Aufforderung der Entente in oben bezeichnetem Sinne an die ungarische Regierung allerdings ergangen ist. Die Entscheidung ist jedoch bisher noch nicht gefallen.

Fehrenbach an die Reichsleitung.
Drahtnachricht.

W. Freiberg, 4. Dez. Der Reichstagspräsident Fehrenbach hat auf das Telegramm der Reichsleitung folgendes geantwortet:

„Auf Grund der Revolution können Sie sich für ermächtigt halten, den Reichstag aufzulösen. Ich würde dagegen protestieren, aber mich fügen. Solange Sie aber nicht auflösen, werden Sie trotz der Revolution an die für ihn geltenden gesetzlichen Bestimmungen gebunden. Nach Ihrer Rechtsauffassung könnten Sie sich ebenso gut über beliebige Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches oder des Prozeßrechtes hinwegsetzen. Ihr Vorgehen bedeutet gefesselte Willkürherrschaft. Dagegen protestiere ich.“

Fehrenbach, Reichstagspräsident.“

Ein edles Herz hat aufgehört zu schlagen!

Hart und schwer traf uns die überaus traurige Nachricht, daß unser lieber, hoffnungsvoller, herziger Sohn, unvergeßlicher teurer Bruder, Schwager und Onkel, der Junker

Fritz Weigert

im blühenden Alter von 19 $\frac{3}{4}$ Jahren auf dem Rückwege in die Heimat von einer schweren Lungenentzündung befallen wurde und im Ersatz-Lazarett zu Bonn a. Rh. verschieden ist. Wer ihn gekannt, wird unseren Schmerz ermesen.

In tiefstem Weh die schwergeprüfte Familie

Rudolph Weigert.

Zwönitz, Bischofswerda, Niederzwönitz und im Felde, den 1. Dezember 1918.

Beerdigung wird, wenn irgend möglich, nach erfolgter Ueberführung noch bekannt gegeben.

Achtung!

Alle

Privatbeamten

von Zwönitz und Umgegend

werden gebeten, sich zu einer Besprechung im Hotel „zur Eiche“

Freitag, den 6. Dez. abends 8 Uhr

einzufinden.

Der Einberufer.

Anzeigen-Annahme:

Bis vormittags 10 Uhr am Tage des Erscheinens der Zeitung; größere Anzeigen am Tage vorher erbeten.

Die Geschäftsstelle des „Zwönitz. Anz.“

Gründlichen

Zither-Unterricht

erteilt

Ernst Stöder,
Ottostraße 151 F.

Weihnachtstannen = Verkauf.

Auf dem Rittergut Niederzwönitz werden

Freitag, den 6. Dezember

von früh 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr

200 Stück Weihnachtsbäume

verkauft.

2640

Rittergut Niederzwönitz,
2. Dezember 1918.

Weihnachten in Bethel!

In unruhiger und dunkler Zeit sehnt sich die Welt nach Licht und Frieden. Friede auf Erden und Licht für die trauernden Herzen, das wünschen wir uns alle als größtes Weihnachtsgeschenk. Darum blicken wir aus Not und Leid der Erde auf das himmlische Kind, das arm wurde, um uns durch seine Liebe reich zu machen.

Ein Abganz dieser ewigen Liebe sollen die Weihnachtsgaben sein, um die wir wiederum die Freunde von Bethel bitten. Fast 3500 Kranke, Kinder und Heimatlose sind hier gesammelt. Dazu kommen die verwundeten Krieger, von denen nun schon fast 23 000 hier gepflegt wurden und etwa 1800 unsere Weihnachtsgäste sein werden. Für alle hoffen wir auf eine kleine Gabe. Je schwerer die Zeit, um so mehr Hilfe haben wir nötig. Alles nehmen wir dankbar an: Kleidungsstücke, Tabak und Zigarren, Bilder, Bücher, Spiele oder Geld, um das zu kaufen, was Große und Kleine erfreuen kann. Je eher es geschieht wird, um so dankbarer sind wir.

Mit herzlichem Weihnachtsgruß an die Freunde von Bethel

F. v. Bodelschwingh, Pastor.
Bethel bei Bielefeld, im November 1918.

Sanz umsonst

erhalten Sie ein Probeheft des vorzüglichen „Buch-Romans“, wenn Sie es bei uns oder unseren Trägern verlangen. Sie werden sehen, daß Sie sich daraus auf ganz billige Weise

eine wertvolle Bücherei

anlegen können, wenn Sie jede Woche 15 Pfennig dafür ausgeben. Nähere Auskunft durch die Geschäftsst. d. S. Bl.

Küchen-Einrichtung

zu verkaufen.

Wo? sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Kräftiges Mädchen

(nicht unter 12 Jahren) als Aufwartung gesucht.

Wo? sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

I. Gemeinde- und Privat-Beamten-schule zu Geyer

Städt. Fachschule, gegründet 1891, bereitet für die Gemeindebeamtenlaufbahn vor. Anmeldung für Ostern 1919 bis Ende Januar erbeten. Stellennachweis der Abgangsschüler. Aufnahmebedingungen versendet kostenfrei die Schulleitung.

Flüssiger Leim,

Flasche 50 Pfg., zu haben in der Buchdruckerei.